



**ERKLÄRUNG  
VON BOTSCHAFTERIN MIROSLAVA BEHAM,  
STÄNDIGE VERTRETERIN DER REPUBLIK SERBIEN,  
AUF DER 699. (SONDER-) SITZUNG  
DES STÄNDIGEN RATES DER OSZE  
ANLÄSSLICH DER REDE VON  
I.E. BENITA FERRERO-WALDNER,  
KOMMISSARIN FÜR AUSSENBEZIEHUNGEN UND  
DIE NACHBARSCHAFTSPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION**

31. Januar 2008

**- check against delivery -**

Herr Vorsitzender,

Erlauben Sie mir im Namen der Delegation der Republik Serbien die Kommissarin für Aussenbeziehungen und die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union, I.E. Frau Benita Ferrero-Waldner, sehr herzlich zu begrüßen und ihr für ihre Ausführungen zu danken.

Als ein Land, das - mit Erfolgen und Rückschlägen -, aber dennoch unbeirrt die Integration in die Europäische Union anstrebt, begrüßen wir mit Nachdruck alle Bemühungen der Europäischen Union, die Staaten, die sich an ihrer sogenannten Peripherie befinden, im Rahmen einer strategischen Nachbarschaftspolitik in ihren Reformbestrebungen zu fördern und dadurch auch am Wohlstand und an der Stabilität des vereinten Teils des europäischen Kontinents teilhaben zu lassen.

Dies halten wir insbesondere dort für notwendig und unterstützenswert, wo nicht überwundene Konflikte die Sicherheit und Stabilität der betroffenen Länder und ihrer Nachbarstaaten bedrohen. Das Erfolgsrezept der Europäischen Union, durch Dialog und Zusammenarbeit, durch Vertrauensbildung und Versöhnung, durch Einvernehmlichkeit und Integration, Konflikte zu lösen und damit den Frieden nachhaltig zu sichern, ist erkennbar die Grundlage der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union, und wir begrüßen diesen Umstand sehr.

Umso bedauerlicher aber finden wir es, Herr Vorsitzender, dass im Fall der Kosovoproblematik, dieses bewährte und selbstverständlich grundlegend demokratische Rezept keine Anwendung findet. Der Dialog zwischen Belgrad und Pristina wird nicht nur nicht befördert, er wird vielmehr verhindert mit den Argumenten, man hätte genug verhandelt und eine einvernehmliche Lösung sei unmöglich. Beide Argumente sind, lassen Sie mich das unterstreichen, Herr Vorsitzender, unhaltbar. Im Rahmen des Trojka-Prozesses beispielsweise, der einen Zeitraum von 120 Tagen umfasste, gab es genau 13 Stunden direkter Gespräche zwischen Belgrad und Pristina – in 13 Stunden würde man sich in den meisten Ländern der EU kaum auf eine Koalitionsregierung einigen können, geschweige denn eine umfassende Regelung für eine abtrünnige Provinz finden. Und zu sagen, dass eine einvernehmliche Lösung unmöglich sei, bedeutet nicht nur, sich über demokratische Prinzipien hinwegzusetzen, sondern auch - in diesem Fall - vor den erpresserischen Gewaltandrohungen einer Seite in die Knie zu gehen und damit Partei zu ergreifen. Beides steht in fundamentalem Widerspruch zu den Prinzipien, die wir hier alle vertreten.

Herr Vorsitzender,

Serbien ist und bleibt mehr als offen für einen Dialog mit Pristina, mit der Europäischen Union, mit der internationalen Gemeinschaft einschliesslich der OSZE und deren Engagement im Kosovo. Aber Serbien ist dabei angewiesen auf die Fairness, die Partnerschaft, das Vertrauen, das Verständnis und die Bereitschaft seiner Gesprächspartner, Serbien mit all seinen Problemen ernst zu nehmen. Ebenso ist es angewiesen auf die Achtung des internationalen Rechts, das der Beschützer der Kleinen und Schwachen ist. Recht zu beugen, kann und darf niemandes Privileg sein.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender